

Sonderausgabe



Annelie Buntenbach
(Mitglied des
Geschäftsführenden
Bundesvorstandes)

Umfrage: 80 % gegen Senkung des Rentenbeitrags

Zurzeit wird in Bund und Ländern strittig über die von der Bundesregierung geplante Senkung des Rentenversicherungsbeitrags diskutiert. Der Deutsche Gewerkschaftsbund (DGB) hat seine Position in der Stellungnahme zum Referentenentwurf der Bundesregierung für ein Beitragssatzgesetz 2013 vom 17.08.2012 deutlich gemacht. Der DGB lehnt eine Senkung des Beitragssatzes aus Gründen der Nachhaltigkeit ab und plädiert für den Aufbau einer Demografie-Reserve (siehe: <http://bit.ly/PLltqn> [Quelle: www.ichwillrente.net]).

In der letzten Woche hat der DGB dazu eine repräsentative Meinungsumfrage bei „forsa – Gesellschaft für Sozialforschung und statistische Analysen GmbH“ in Auftrag gegeben. Die Bürgerinnen und Bürger wurden befragt, ob die Überschüsse der Rentenversicherung dazu genutzt werden sollten, den Rentenbeitrag geringfügig zu senken oder um Überschüsse auszusparen und damit zum Beispiel der Altersarmut oder einer Kürzung der Rente für die Jüngeren entgegenzuwirken.

Eine deutliche Mehrheit von 80 Prozent der Bürgerinnen und Bürger spricht sich dafür aus, auf eine Senkung des Rentenbeitrags zu verzichten und stattdessen eine Demografie-Reserve aufzubauen. Dieser Ansicht sind vor allem die jungen (86 Prozent der 18- bis 29-Jährigen) und älteren Generationen (81 Prozent).

Unser Team.

Doris Loetz	Heike Inga Ruppender Maxi Spickermann Petra Köhler	Ingo Nürnberger	Dirk Neumann	Knut Lambertin	Marco Frank	Dr. Hanns Pauli	Marina Schröder	Oliver Suchy
Sekretariat Annelie Buntenbach 24060-260	Sekretariat Sozialpolitik 24060-725 24060-743 24060-712	Abteilungsleiter Sozialpolitik	Alterssicherung Rehabilitation	Gesundheitspolitik Krankenversicherung	Pflege Selbstverwaltung	Arbeits- und Gesundheitsschutz	Unfallversicherung Arbeits- und Gesundheitsschutz	Politische Koordinierung Kampagnen Sozialpolitik

Die Anhänger der CDU/CSU sind mit 82 Prozent sogar überdurchschnittlich dafür, Reserven aufzubauen. Nur 15 Prozent der Unionsanhänger geben an, dass die Überschüsse für eine Beitragssatzsenkung genutzt werden sollen. Im Vergleich zu einer ähnlichen Umfrage, die forsa im Auftrag des DGB im Oktober 2011 durchgeführt hat, ist die Zustimmung zum Aufbau von Rentenreserven bei den Unionsanhängern von 71 auf 82 Prozent gestiegen. Diese Zunahme bei der Zustimmung der CDU/CSU-Anhänger für eine Demografie-Reserve – und gegen eine Beitragssatzsenkung – ist besonders bemerkenswert.

Selbst unter den Anhängern der FDP sprechen sich knapp zwei Drittel für den Aufbau von Reserven aus. Die Anhänger von SPD (86 Prozent), Bündnis 90/Die Grünen (89 Prozent) und DIE LINKE (90 Prozent) unterstützen deutlich die Position des DGB, auf eine Beitragssatzsenkung zu verzichten und den geltenden gesetzlichen Mechanismus nach § 158 SGB VI zu verändern, um den Beitragssatz zur Gesetzlichen Rentenversicherung den demografischen Herausforderungen anzupassen. Selbst bei einer Begrenzung des Beitragssatzes bei 22 Prozent bis zum Jahr 2030 würde eine erhebliche Rücklage entstehen, die dazu genutzt werden soll, um zumindest ein weiteres Absinken des Rentenniveaus zu vermeiden.

Bestellen können Sie unseren Newsletter auf unserer Homepage unter folgender Adresse:

<https://www.dgb.de/service/newsletter>.

Zum Abbestellen des Newsletters benutzen Sie bitte folgenden Link:

<https://www.dgb.de/service/newsletter?unsubscribe=dgb.bv.sozialpolitik>